



Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin e.V. | seit 1824

FORUM | 2016



Mit Beiträgen von: Harald Bodenschatz, Jörg Brause, Sabrina Flörke, Hanno Hübscher, Hermann Kendel, Diether Kinzel, Moritz Kinzel, Sabine Kuban, Peter Lemburg, Rainer W. Leonhardt, Peter Lüttmann, Marcus Nitschke, Wita Noack, Verena Pfeiffer-Kloss, Juliane Richter

Berlin Mitte: Spiegel des Städtebaus zweier Diktaturen

Harald Bodenschatz

Vorbemerkung

Der Text beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 29. Juni 2015 in den Räumen des AIV gehalten hat. Hintergrund des Textes sind zahlreiche Publikationen zur Berliner Mitte, die im Literaturanhang aufgeführt werden, insbesondere der Text „Die Berliner Mitte – Produkt zweier Diktaturen“ im Merkur 10/2014.

Seit den 1990er Jahren stritten sich deutsche Historiker darüber, ob wir von zwei Diktaturen auf deutschem Boden sprechen und diese womöglich auch noch vergleichen dürfen, ob damit nicht die Gefahr besteht, die NS-Diktatur zu relativieren oder die DDR-Diktatur zu verteufeln. War die DDR überhaupt eine Diktatur von europäischem oder nur von deutschem Interesse? Oder kann man gar keine Bezüge herstellen, weil die DDR eine von außen aufoktroyierte und nicht von einer deutschen Massenbewegung getragene Diktatur war? Ist jeder Vergleich sinnlos, da die eine Diktatur höchst dynamisch, die andere dagegen eher immobil war? Was war an den Diktaturen modern, was reaktionär? Zweifellos waren die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts außerordentlich unterschiedlich – hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Programms, ihrer Mobilisierung der Massen, ihrer Konstruktion von Feinden, ihrer Aggression nach innen und außen. Angesichts dieser Unterschiede verbietet sich jede Gleichsetzung der beiden deutschen Diktaturen, nicht aber jeder Bezug.

Allerdings, und das ist für unser Thema wichtig, all die genannten Streitpunkte bewegten die Historiker, nicht aber die Bau- und Planungshistoriker. Denn der dominante kunst-, architektur- und städtebauhistorische Diskurs seit dem Fall der Mauer pflegte zumeist eine Sichtweise, die den diktatorischen Charakter der DDR schlicht ignorierte und die Aktivitäten der DDR aus sich selbst heraus und damit weitgehend isoliert betrachtete. Es ist schon bemerkenswert, dass etwa der Bau der Berliner Mauer und deren Auswirkungen auf Bau- und Stadtentwicklung in der DDR bisher kein großes fachliches Thema war. Überhaupt wurde das besondere diktatorische Umfeld, in dem Projekte in der DDR entwickelt wurden, allenfalls beschrieben, aber kaum bewertet, geschweige denn in einen internationalen Kontext gerückt, und sei es nur in den Kontext des Ostblocks. Irgendwelche Bezüge zwischen der DDR und der NS-Zeit herzustellen, ist immer noch weitgehend tabuisiert. Und dies, obwohl die sehr kurzatmige und absolut unzureichende Auseinandersetzung der DDR-Politik und -Fachwelt mit nationalsozialistischem Städtebau und Archi-

tektur allein schon ein wichtiges Thema wäre.

Zunächst bleibt festzuhalten, dass in Deutschland die beiden Diktaturen nur sehr selten hinsichtlich Architektur und Städtebau miteinander in Beziehung gesetzt werden. Ich werde mich im Folgenden nicht nur auf Architektur beziehen, sondern vor allem auf Städtebau. Denn ich gehe davon aus, dass bei den Diktaturen der Städtebau im Vordergrund stand, weniger die isolierte Architektur. Ich gehe weiter davon aus, dass es nicht richtig ist, sich auf den großen, monumentalen, triumphierenden Städtebau und die diesen unterstützende Architektur zu beschränken. Um die Bedeutung des Städtebaus für Diktaturen verstehen zu können, müssen gerade auch andere, weniger auftrumpfende, aber dennoch rhetorische Projekte betrachtet werden, etwa der Wohnungsbau, die Verkehrsinfrastruktur, die soziale Infrastruktur und die öffentlichen Grünanlagen. Dagegen ist die Obsession auf architektonische Stilfragen nicht nur in Deutschland ein Holzweg. Sicher sind architektonische Details sehr wichtig, aber die schlichte Zuschreibung etwa von Säulen, Pilastern, Achsen, auch Materialien wie Travertin als typisch diktatorisch beendet eine Debatte, bevor sie überhaupt begonnen hat. Gerade mit Blick auf die DDR zeigt sich, dass es über die lange Zeit der Diktatur keine einheitliche stilistische Linie gab und geben konnte.

Historiker interessieren sich in der Regel nicht für Architektur und Städtebau, und Architektur- und Kunsthistoriker nicht für die Debatten über allgemeine Geschichte. Doch es wäre auch keineswegs ausreichend, die üblichen Denkräume der Historiker einfach auf Architektur und Städtebau zu projizieren. Denn eine Besonderheit dieses Themenfeldes ist es, dass wir hier nicht zwei Diktaturen sozusagen nebeneinander stellen können, sondern in der Stadt die baulichen Produkte beider Diktaturen sich überlagern, sich zum Teil verdrängen oder aneinander anknüpfen. Die baulichen Projekte der Diktaturen waren überdies keineswegs immer neu, sondern setzten an vorhandene Projekte und Debatten an. Und schließlich geht es bei Architektur und Städtebau nicht nur um Denkräume, sondern auch um reale Räume, um deren Neuinterpretation, Veränderung, Erhaltung oder Auslöschung. Es geht ganz offensichtlich nicht nur um Vergangenheit, sondern zugleich um Gegenwart und Zukunft.

Höchst anschaulich werden diese Eigentümlichkeiten unseres verbalen wie praktischen Umgangs mit den Diktaturen auf deutschem Boden in Berlin, 1933-1945 Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschland, 1945-1949 Sitz der

Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, 1949-1990 in der östlichen Stadthälfte Hauptstadt der DDR. In Berlin bündeln sich alle Widersprüche vor allem in einem Stadtraum, der zurzeit zwar höchst umstritten ist, dessen Streitkultur aber ausgerechnet die diktatorische Vergangenheit ausblendet: in der Mitte von Berlin, dem Areal der ehemaligen mittelalterlichen Doppelstadt Berlin-Cöln, das in etwa dem Gebiet zwischen Spreekanal, Spree und Stadtbahnbogen entspricht. Dieses Gebiet, wie es sich heute darstellt, ist insbesondere ein städtebauliches Produkt der beiden Diktaturen auf deutschem Boden. Doch dies merkt kaum einer und will kaum jemand wissen, jedenfalls kaum ein Deutscher, eher schon unsere ausländischen Besucher. Wir blicken mit Scheuklappen auf die Mitte der Hauptstadt, ähnlich wie etwa in Rom, wo ebenfalls die starke Prägung der hauptstädtischen Mitte durch die Mussolini-Diktatur

heute nicht mehr wahrgenommen wird.

Wenn ich im Folgenden von der Berliner Mitte spreche, so meine ich daher den ältesten Teil der Mitte, den Teil, der mehr als 800 Jahre Geschichte vermittelt. Der diktatorische Städtebau für die Mitte Berlins umfasste dagegen die Jahre 1933 bis 1989, also ein gutes halbes Jahrhundert. Diese Feststellung, das muss wieder und wieder betont werden, bedeutet keine Gleichsetzung der beiden Diktaturen, kein Wegbügeln ihrer großen Unterschiede. Diktatur ist in diesem Sinne ein ergebnisoffener Begriff.

DIE BERLINER MITTE BIS ZUM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

Der zerstörerische Umgang mit der Mitte Berlins war keine Erfindung der Diktaturen, sondern hatte lange zurück liegende historische Wurzeln. Der Widerspruch zwischen

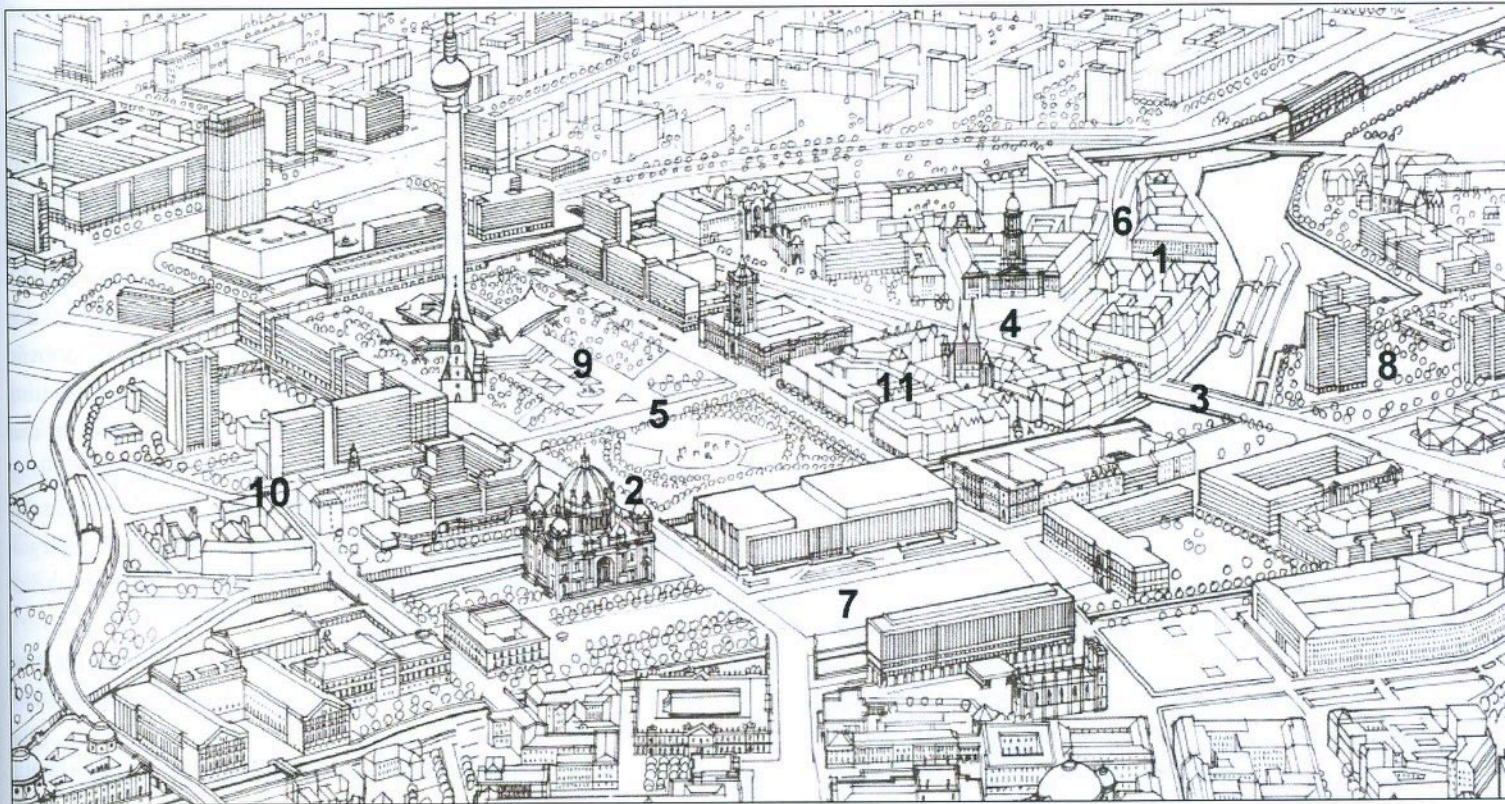


Abb.1 Zeichnung der Berliner Mitte im Jahr 1987 (Norden ist links)

Aus der NS-Zeit stammen große Teile der Bebauung am Alt-Berliner Ufer der Spree (1). Vorbereitet wurde in der NS-Zeit der autogerechte Ausbau der Hauptstraßen: Beginn Ost-Achsen-Durchbruch (2), Abriss des alten Mühlendamms (3), Beseitigung des Molkenmarktes (4), Aufweitung der Spandauer (5) und Stralauer Straße (6). In der langen, durch mehrfache städtebauliche Richtungswechsel gekennzeichneten DDR-Zeit entstanden der Marx-Engels-Platz samt Bebauung (7), die Hochhäuser der Fischerinsel (8), der große Freiraum um den Fernsehturm mit umfassenden Gebäuden (9), die ausfransende Bebauung nördlich der Karl-Liebknecht-Straße (10), das neomittelalterliche Nikolaiviertel (11) und zahlreiche weitere Baukomplexe. Das Straßennetz wurde – anknüpfend an die NS-Zeit – dem Autoverkehr untergeordnet. Die Mitte ist ein Produkt zweier Diktaturen, von der Bebauung vor 1933 sind nur noch Fragmente erhalten, die Stadtstruktur wurde weitgehend überformt.

einer kleinen, relativ unscheinbaren historischen Doppelstadt Berlin/Cölln bis zum 30jährigen Krieg einerseits und den Ansprüchen an die Hauptstadt einer europäischen Mittelmacht im 18. Jahrhundert und erst recht einer europäischen Großmacht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert andererseits war so groß, dass er von den jeweils herrschenden Eliten als unerträglich empfunden wurde. Denn die ersten 500 Jahre der Geschichte Berlins, die heute nahezu vollkommen aus unserer gesellschaftlichen Erinnerung getilgt sind, haben keinen herzeigbaren Erinnerungsraum produziert, der zur Repräsentation von historischer Größe dienen konnte. Das unterschied Berlin von anderen Hauptstädten, etwa von Wien, Prag, Rom, Paris, London und Madrid. In all diesen Städten wurden sicher auch die einfachen Häuser und Viertel nicht besonders geschätzt. Dennoch gab es dort keinen vergleichbaren horror historiae wie in Berlin.

Am Ende des verheerenden 30jährigen Krieges, 1648, hatte Berlin wohl gerade um die 7.000 Einwohner. Die Grenzen der Stadt entsprachen immer noch jenen des Mittelalters. Um 1700 gelang es dann dem Kurfürsten Friedrich III., sich zum König in Preußen krönen zu lassen. Der Aufstieg Preußens zu einer europäischen Mittelmacht erforderte eine herzeigbare Residenzstadt, die aber erst noch geschaffen werden musste. Bald wurden die Neustädte im Westen des Schlosses zur Bühne der königlichen Repräsentation, die Straße Unter den Linden zur via triumphalis. Berlin im Osten des Schlosses mutierte zum alten Berlin, geriet mehr und mehr in den Schatten und wurde – was die großen neuen Investitionen des Königreiches betrifft – vernachlässigt.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches und der Erhebung Berlins zur Reichshauptstadt 1871 schlug die Geringerschätzung Alt-Berlins in Kahlschlagprojekte um. Es hagelte an Vorschlägen für Straßendurchbrüche durch Alt-Berlin. So überzog etwa der Stadtplaner Ernst Bruch im Jahr 1870 die Berliner Mitte systematisch mit Durchbruchplanungen. Realisiert wurde in den 1880er Jahren der Durchbruch der Kaiser-Wilhelm-Straße, etwa in Höhe der heutigen Karl-Liebknecht-Straße, der erste große Schnitt durch Alt-Berlin. Weitere Durchbrüche wurden im Rahmen des Wettbewerbs Groß-Berlin 1908-10 angeregt. Zugleich gewann Alt-Berlin aber durchaus auch eine neue Bedeutung – vor allem als Sitz der Kommune, zuerst im Roten Rathaus, dann zusätzlich im Stadthaus.

Nach dem Ersten Weltkrieg radikalisierten sich die Planungen für die Berliner Mitte weiter. Gebaut wurde zwar nahezu nichts, aber im Umkreis von Ludwig Hilberseimer

am Bauhaus in Dessau wurden flächengreifende Abrisspläne für die Berliner Mitte gezeichnet. Einflussreiche Persönlichkeiten bereiteten zudem den Durchbruch einer neuen Hauptstraße im Süden der Altstadt vor, der auf einen zweiten großen Schnitt durch die Altstadt orientierte. In diesem Zusammenhang wurde ein großflächiger Abriss der südlichen Altstadt vorbereitet. Realisiert wurde davon nichts, und selbst Neubauten in der Berliner Mitte waren selten. In der Weimarer Republik blieb die Altstadt im Wesentlichen so, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg aussah.

Die Sehnsucht eines Teils der intellektuellen und politischen Elite nach einem neuen, geschichtslosen Zentrum konnte in der Weimarer Republik nicht erfüllt werden. Dafür fehlten letztlich die Voraussetzungen – nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen. Die Träume von einem neuen Zentrum setzten nämlich einen umfassenden Zugriff auf das private Grundeigentum und eine Zentralisierung und Gleichschaltung des Planungs- und Projektapparates voraus. All dies konnte allenfalls in einer Diktatur erfolgen.

UMBAU DER MITTE IN DER NS-ZEIT

Ab Januar 1937 waren umfassende Grundlagen für einen Abbruch der alten Stadt geschaffen worden: neue Akteure, neue Pläne, neue Planungsinstrumente, neue Rechtsinstrumente, die den Zugriff auf Grund und Boden ermöglichten. Die Behörde eines „Generalbauinspektors“ für die Reichshauptstadt war eine zentralstaatliche Institution mit Sondervollmachten, die von Albert Speer ausgefüllt und gestaltet wurde. Auf der anderen Seite gab es weiter die nunmehr gleichgeschaltete und untergeordnete Stadt Berlin, deren Planungsbehörden neben und in Konkurrenz zu Speers Behörde tätig wurden. Beide Institutionen entwickelten Pläne zum radikalen Umbau der Berliner Altstadt.

Generalbauinspektor Albert Speer ließ die Ostachse planen, die mitten durch Alt-Berlin geschlagen werden sollte, in etwa auf der Trasse der Kaiser-Wilhelm-Straße. Die Ost-Achsenplanung betraf nicht nur weite Teile des nördlichen Alt-Berlin, sondern auch die Gegend um den Hackeschen Markt. Direkt östlich des Schlossplatzes sollte der Riesenbau der Industrie- und Handelskammer entstehen, gegenüber der Neubau des Oberfinanzpräsidiums Berlin. Die Bauten entlang der Ostachse hatten keinerlei Bezug zu Alt-Berlin, sie waren auf die aufgeweitete Straße orientiert und folgten der Logik monumentaler Repräsentation.

Vorher und seit 1937 zunehmend im Schatten des Generalbauinspektors entwickelte die Stadt Berlin Pläne für ei-

nen großflächigen Umbau der südlichen Altstadt. Vor allem sollte dort – wie schon in der Weimarer Republik geplant – ein neuer Hauptstraßenzug durchgebrochen werden, der zweite Schnitt durch die Altstadt. Die geplante künftige Nutzung der Neubauten war – wie auch schon in der Weimarer Republik vorgesehen – modern, das heißt ohne Wohnungen und vor allem mit vielen Büros. Nur die architektonische Form und die Stadtsilhouette waren traditionell – sie erinnerten an eine alte Stadt, aus der die Kirche und Rathaustürme herausragten. Kern der Umgestaltung war ein Altstadtforum, der neue Molkenmarkt, der an die Stelle des bescheidenen mittelalterlichen Molkenmarktes treten sollte. Für einen Teil von Alt-Berlin, nämlich das Viertel um die Nikolaikirche, wurde eine Art Museumsquartier vorbereitet. Dort sollten einige historische Bauten, die an anderer Stelle der alten Stadt abgebrochen wurden, wieder aufgebaut werden.

Realisiert wurde nur ein Teil dieser Pläne, die zu einem Abriss des Großteils der alten Bebauung der Berliner Mitte geführt hätten. Für die Ostachse wurden erste Abbrüche getätigt, für den Umbau des südlichen Alt-Berlin wurden flächendeckend historische Gebäude zugunsten von Neubauten abgerissen. Auch der alte Mühlendamm wurde beseitigt und 1938 durch eine Notbrücke ersetzt.

Doch wie konnten solch radikale Pläne überhaupt umgesetzt werden? Die erforderlichen Planungsinstrumente sind nicht auf den ersten Blick sichtbar und wurden über Jahrzehnte übersehen: Albert Speer entwickelte eine Gewaltmaschinerie, um leicht an eine Vielzahl von Altstadtgrundstücken heranzukommen, die zur Umsetzung der Planungen benötigt wurden: die Enteignung der jüdischen Eigentümer. 225 jüdische Grundstücke sind während der NS-Zeit in der Mitte Berlins durch unterschiedliche Verfahren geraubt worden. Diese Vorgänge sind erst in den letzten Jahren, im Rahmen der Ausstellung „Geraubte Mitte“ (2013), erhellt worden.

UMBAU DER MITTE IN DER DDR-ZEIT

Der Zweite Weltkrieg zerstörte die meisten Gebäude des Berliner Zentrums, aber keineswegs alle, und keineswegs den Stadtgrundriss und die übrig gebliebene Parzellenstruktur. Diese wurden erst in der nächsten Diktatur beseitigt, in der DDR-Diktatur – aufbauend, das ist wichtig, auf den Eigentumsverhältnissen der NS-Zeit. Denn der Raub jüdischer Grundstücke wurde nicht rückgängig gemacht, die Enteignungen wurden nunmehr verallgemeinert.

Allerdings war nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs

von vorneherein klar, wie es städtebaulich weitergehen sollte. Erste Pläne orientierten auf eine partielle Rekonstruktion der historischen Altstadt in vereinfachter Form. Nach der Gründung der DDR wurde nach dem Vorbild Moskaus ein zentrales Hochhaus für Partei und Staatsorgane geplant. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre rückten modernere Pläne in den Vordergrund. Allerdings berücksichtigte der berühmte Plan von Gerhard Kosel von 1959 noch den Grundriss des alten Berlin, wenngleich Teile davon als Wasserfläche ausgestaltet wurden. Erst Hermann Henselmann legte radikal moderne, das heißt vor allem autogerechte Pläne für ein neues Zentrum vor, das nahezu jede Erinnerung an das alte Zentrum auslöschte.

Mitte der 1960er Jahre war die Struktur der ehemaligen Altstadt allerdings noch erlebbar, wenngleich nur fragmentarisch. Nach langem Hin und Her wurde schließlich – vor dem Hintergrund einer zentralstaatlichen Planung und einer vollständigen Ausschaltung des privaten Grundeigentums – nach dem Bau der Mauer ein neues Zentrum gestaltet, autogerecht, aber auch mit Wohnungen, mit viel Freiraum und einem Fernsehturm als magischem Zeichen wissenschaftlichen Fortschritts, also ein modernes Zentrum, das nahezu keine Vergangenheit mehr vermittelte, wohl aber viel (uneingelöste) Zukunft. Der radikal moderne Städtebau dominierte bis in die 1970er Jahre hinein. Er umfasste nicht nur den riesigen Freiraum zwischen Alexanderplatz und Spree, der übrigens als solcher nie geplant wurde, sondern auch ein die Mitte zweifach zerschneidendes Hauptstraßennetz und moderne Gebäudekomplexe auf der Fischerinsel, südlich der Rathaus- und nördlich der Liebknechtstraße.



Abb. 2 Der Molkenmarkt - Herz des alten Berlin

Nun könnte man glauben, hier zeige sich eine kommunistische Ideologie des Bruchs mit Geschichtszeugnissen von Ausbeutergesellschaften und der Wunsch, ein Zentrum zu schaffen, das nur in eine sozialistische Zukunft blickt. Eine solche Interpretation greift aber zu kurz. Betrachten wir die Ergebnisse des Wettbewerbs Hauptstadt Berlin, der in provokativer Absicht seitens der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins 1957 ausgelobt wurde, um für die im sowjetischen Sektor gelegene Berliner Mitte städtebauliche Vorschläge zu gewinnen, so zeigen die preisgekrönten Vorschläge in der Haltung keine wesentlichen Unterschiede: Der historische Stadtgrundriss wurde weitgehend aufgegeben, nur wenige historische Bauten wurden erhalten. Lediglich ein Gebäude vergleichbar dem Fernsehturm fehlte – ein durchaus bedeutender Unterschied. Denn dieses technische Bauwerk, das fortan nicht nur die Berliner Mitte, sondern die gesamte Innenstadt beherrschte, reklamierte die „wissenschaftlich-technische Revolution“ für den Sozialismus – ganz in der Tradition der Sputnik-Euphorie.

Das Diktatorische des Städtebaus war in der DDR also nicht nur und nicht in erster Linie das städtebauliche Projekt, die Überwindung der alten Stadt durch eine radikal moderne, dem Fortschritt verpflichtete, autogerechte Stadt. Das Diktatorische war vor allem die Umsetzung dieser auch anderswo erträumten und gezeichneten Kahl-schlagplanung. In Ost-Berlin wurde auf Grundlage der Ausschaltung des privaten Bodeneigentums nicht nur, wie oft in westlichen Ländern, gezeichnet und modelliert, sondern auch gehandelt, das heißt abgerissen, was noch da war, Straßen verlegt, Geschichtszeugnisse getilgt. In gestalterischer Hinsicht orientierte sich die DDR-Diktatur seit den späten 1950er Jahren an internationalen Strömungen des modernen und autogerechten Städtebaus.

Interessant ist in dieser Hinsicht der neuerliche städtebauliche Paradigmenwechsel am Ende der DDR-Zeit, als das mittelalterliche Nikolaiviertel in neuer Form wieder aufgebaut wurde, ein wenig so, wie es sich die nationalsozialistischen Planer vorgestellt hatten. Damit orientierte sich die DDR-Führung an postmodernen Konzepten der kritischen Rekonstruktion der Stadt. Beim Fall der Mauer war das städtebauliche Erbe der DDR im Bereich der Berliner Mitte seltsam widersprüchlich, ohne klare Botschaft, was denn eine sozialistische Mitte ist.

BERLINER MITTE NACH DEM FALL DER MAUER

Nach dem Fall der Mauer wurde die Mitte Berlins zu einem zentralen Feld politischer, gesellschaftlicher und kultureller Auseinandersetzungen. Gestritten wurde und wird besonders erbittert um den großen Freiraum zwischen Alexand-

erplatz und Spree. Soll dieser Raum frei bleiben, soll er als Freiraum umgestaltet werden, oder soll er wieder bebaut werden, und wenn ja, in welcher Architektur? Hier konzentrieren sich unterschiedliche, ja konträre Sichtweisen – auf die Geschichte Berlins, aber auch auf die Zukunft unserer Stadt. Das zeigt sich schon bei den Bezeichnungen dieses großen Raumes. In den 1990er Jahren wurde er von den offiziellen Planern der Stadt um Senatsbaudirektor Hans Stimmann Marienviertel genannt, Stimmanns Nachfolgerin Regula Lüscher bevorzugt dagegen das Wort Rathausforum. Die gleiche widersprüchliche Gemengelage findet sich für das größere Umfeld: Hier schwirren Begriffe im Raum wie Historische Mitte, Historisches Zentrum, Stadtkern oder ehemalige Altstadt. Auch mit diesen Begriffen verbinden sich unterschiedliche strategische Optionen. Aber in keiner einzigen Sichtweise fand die Tatsache Beachtung, dass die Mitte vor allem durch zwei Diktaturen geprägt worden ist.

In den 25 Jahren nach dem Fall der Mauer wurden vor diesem Hintergrund ganz unterschiedliche Vorschläge zur Neugestaltung der Berliner Mitte, insbesondere des großen Freiraums, vorgeschlagen. Ein frühes Beispiel ist das Konzept der Arbeitsgemeinschaft Spreeinsel aus dem Jahr 1992, das eine bescheidene Neubebauung vorschlug, vor allem aber darauf zielte, die mehrfach durchschnittene Mitte wieder miteinander zu vernetzen. Das Planwerk Innenstadt Berlin aus dem Jahre 1997 zeigt einen etwas hilflosen Versuch, den großen Freiraum durch vereinzelte Neubauten zu gliedern. Wenig bekannt ist der Vorschlag der Urban Task Force von Prinz Charles zur Neubebauung der Berliner Altstadt ebenfalls aus dem Jahre 1997. Bernd Albers, einer der Bearbeiter des Planwerks Innenstadt Berlin, legte 2009 einen Entwurf zur weitgehenden Bebauung des großen Freiraums vor. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher konterte Ende 2009 mit „Ideen“, die sie für den Raum in Auftrag gab und die jeweils eine einzige Nutzung vorschlugen, etwa eine Wasserfläche. 2013 schließlich legte Hildebrand Machleidt, schon 1992 bei der Arbeitsgemeinschaft Spreeinsel dabei, eine kritische Rekonstruktion des Freiraums vor.

Wie schwer sich das vereinigte Berlin mit seiner Mitte tat und tut, zeigt auch der Umgang mit dem staatlichen Zentrum der DDR, dem Marx-Engels-Platz. Hier standen die Ruinen des preußischen Schlosses, die 1950 trotz aller Proteste gesprengt wurden. Hier sollten um 1994 alle drei den Platz prägenden Gebäude aus der DDR-Zeit abgerissen werden: das Außenministerium, das Staatsratsgebäude und der Palast der Republik. Der Abbruch des Staatsratsgebäudes wurde durch gesellschaftliche Initiativen abgewehrt,

der Abbruch des Außenministeriums ohne große Proteste realisiert. Jahrelang gab es Streit um den Abriss des Palastes der Republik. Dieser Abriss wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages schließlich 2006–2008 vollzogen. Viele Jahre dauerte es auch, bis 2001/02 der Teilwiederaufbau des Berliner Stadtschlösses in Form eines „Humboldt-Forums“ entschieden wurde. Aber erst 2007/08 wurde in einem Wettbewerb die Gestalt des Humboldt-Forums ermittelt. Sehr schnell dagegen wurde der Name des Platzes verändert: 1994 wurde aus dem Marx-Engels-Platz der Schlossplatz. Heute ist der Bau des Humboldt-Forums bereits weit fortgeschritten. Seine Eröffnung wird die Berliner Mitte entscheidend verändern.

Erst in allerjüngster Zeit, im Kontext der viel beachteten, 2010/11 gezeigten Ausstellung „Berlins vergessene Mitte – Stadtkern 1840–2010“ und im Kontext des Neuaufbaus des Berliner Humboldt-Schlöss-Forums hat sich das Interesse für die Geschichte der Berliner Mitte ein wenig verbreitert. 2013 schließlich folgte eine weitere, besonders brisante Ausstellung, die das Verständnis von der Mitte Berlins grundsätzlich in Frage stellte: die Ausstellung „Geraubte Mitte“ des Berliner Stadtmuseums. Erstmals wurden hier die in der nationalsozialistischen Zeit geraubten jüdischen Grundstücke systematisch erfasst. Nun hätten eigentlich Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik ihre Sichtweisen neu justieren müssen, aber dies fand bislang nicht statt.

AUSBLICK

Die Berliner Mitte von heute ist vor allem ein Produkt der zwei deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Der weitaus größte Teil der Berliner Mitte wurde in der NS- und DDR-Zeit städtebaulich und architektonisch geprägt. Die Neugestaltung der Mitte zwischen 1933 und 1989 hat aus einer Stadt mit über 800jähriger Geschichte eine Stadt der jüngsten Vergangenheit gemacht. Sie hat nicht nur den überlieferten Stadtgrundriss radikal verändert, sondern auch das kleinteilige private Bodeneigentum, vor allem, aber nicht nur das jüdische Eigentum, beseitigt. Nur in Diktaturen konnten – durch den enteignenden Zugriff auf das private Grundeigentum – derart einschneidende Umbauprojekte realisiert werden.

Die Ergebnisse bisheriger Forschung zeigen, dass Städtebau in der Zeit der Diktaturen nicht nur und nicht in erster Linie als städtebauliche Form begriffen werden kann, sondern dass die Produktionsverhältnisse des Städtebaus mit einbezogen werden müssen. Ein schlichter Kurzschluss von städtebaulicher Form und politischem System ist nicht haltbar. Während die konkreten Verhältnisse der städtebaulichen Produktion – etwa die Art und Weise der Ausschal-

tung kommunaler Autonomie, der Einrichtung zentralstaatlicher Behörden mit Sonderressourcen sowie der Zugriff auf privates Eigentum – relativ klar die Besonderheiten der jeweiligen Diktatur verdeutlichen, können städtebauliche Formen nur sehr vermittelt entschlüsselt werden. Denn diese spiegeln fachliche internationale Trends wider, werden aber – in Diktaturen wie in Demokratien – lokal modifiziert und manchmal radikalisiert: Nicht die Achse an sich, sondern erst deren konkrete Ausprägung kann die Eigenheiten einer Regierungsform enthüllen.

Doch wie soll heute an die Vergangenheit erinnert, wie auf die Zukunft orientiert werden? Und dies vor dem Hintergrund, dass die Vergangenheit weithin vergessen und nur wenigen Spezialisten halbwegs bekannt ist? Zunächst gilt es, die in den Auseinandersetzungen übliche Argumente zu hinterfragen, insbesondere hinsichtlich des großen Freiraums. Eigentlich ist es heute nicht mehr möglich, dass sich die Befürworter einer Nicht-Bebauung als Verteidiger des „öffentlichen“ Raums gegen Privatisierung inszenieren. Angesichts der gewaltsamen Art der Transformation ehemals privater in „öffentliche“, das heißt zentralstaatliche Grundstücke ist ein solches Argument obsolet. Die Mitte ist insofern auch ein Spiegel vergangenen diktatorischen Unrechts, vor allem, aber nicht nur gegenüber jüdischen Immobilienbesitzern. Auf der anderen Seite kann auch nicht mehr fröhlich eine Bebauung der leeren Flächen propagiert werden, ohne zu klären, wie das Thema Restitution zentral in ein Zukunftsprojekt eingebunden werden und wie an die städtebaulichen Hinterlassenschaften von zwei Diktaturen in gebührender Weise erinnert werden kann. In die Berliner Mitte ist hart und gewaltsam internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts eingeschrieben, die nolens volens eine internationale Verantwortung anmahnt.

Dennoch ist die Mitte nicht nur ein Erinnerungsraum an die beiden Diktaturen. Sie ist vor allem der Ort der Gründung Berlins, die Bühne einer einzigartigen Karriere einer kleinen Doppelstadt im Osten Deutschlands, die später Weltbedeutung erringt. Erinnern muss dieser Raum daher an eine sehr lange, sehr unterschiedliche und sehr widersprüchliche Geschichte: an die fast 500jährige bescheidene Geschichte bis zum 30jährigen Krieg, als Berlin ziemlich unbedeutend war. Erinnert werden muss an die 250jährige Geschichte nach der Gründung der Königsstadt, wo Alt-Berlin zunächst vernachlässigt und dann zerstückelt wurde, wo es aber auch zum Hauptsitz einer selbstbewussten Kommune wurde, mit Rathaus und Stadthaus. Und erinnert werden muss an die 50 Jahre Diktatur auf deutschem Boden, in der die alte Stadt fast spurlos ausgeschabt wurde.

Das bedeutet städtebaulich: Annäherung an den Altstadtgrundriss und kritische Rekonstruktion des einen oder anderen Stadtraums – zuallererst des Molkenmarktes, des Zentrums von Alt-Berlin, und des Bereichs um die in den 1960er Jahren abgerissene Petrikirche, des Zentrums von Alt-Cölln. Das heißt nicht zwingend: umfassende bauliche Rekonstruktion des großen Freiraums. Das heißt aber auf alle Fälle, diesen Freiraum nicht als Solitär, für sich, als introvertierte Insel zu sehen. Denn die gesamte Berliner Mitte ist heute autogerecht zerschnitten, fragmentiert, ohne Zusammenhang, mit großen Stadtbrachen durchsetzt. Zuallererst gilt es, die ehemalige Altstadt fußgängerfreundlich zurückzubauen, die großen öden Flächen zu reurbanisieren. Die vielfach fragmentierte Altstadt muss wieder in sich und mit ihren Nachbargebieten vernetzt werden, ohne die harten Brüche der Vergangenheit völlig auszulöschen.

Die aktuellen Vorschläge vermitteln oft den Eindruck, als ob sie in einem beliebigen geschichtslosen Raum agieren. Das gilt im besonderen Maße für den großen Freiraum. Sie ignorieren den diktatorischen Charakter der Mitte, sie übersehen die Orte des Unrechts, sie werden diesem ganz besonderen historischen Ort nicht gerecht. Nur Gras oder Wasser oder Stein drüber ist keine Perspektive, auf die Berlin oder Deutschland stolz sein könnte. Um ein städtebauliches Konzept für die Zukunft zu finden, bedarf es heute politischer Grundsatzentscheidungen, etwa zur Abkehr von der autogerechten Stadt und zum Bekenntnis, an die gesamte Geschichte der Stadt erinnern zu wollen, auch und in besonderem Maße, aber eben nicht nur an die Geschichte der Diktaturen. Und es bedarf einer neuen Sinnstiftung für die Mitte. Mein Vorschlag dafür wäre: Berliner Mitte – Bühne der Toleranz gestern, heute und morgen. Eine Sinnstiftung, die die notwendige Auseinandersetzung mit dem Erbe der Diktaturen einschließt. Damit kann Berlin seiner internationalen Rolle gerecht werden. Und solche Weichenstellungen lassen genügend städtebaulichen Spielraum.

Harald Bodenschatz, Dr.rer. nat., Stadtplaner und Architektursoziologe, Hochschullehrer em., Vorstand im AIV, umfangreiche Publikationstätigkeit, u.a. für Berlin und seine Bauten

Literatur:

Berlins vergessene Mitte. Stadtkern 1840-2010. Stiftung Stadtmuseum Berlin. Buch zur Ausstellung. Berlin 2010

Bodenschatz, Harald: Alt-Berlin, Marienviertel, Rathausforum ...

Geschichte und Zukunft eines umstrittenen Stadtraums. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2009, S. 249-254

Bodenschatz, Harald: 'Die Berliner Mitte – Produkt zweier Diktaturen', Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 10/2014, S. 903-909

Bodenschatz, Harald: Berlin Mitte: Botschaften des „Übersichtsplans“ von Julius Straube 1910. In: Heinemann, Gerd/Matschenz, Andreas (Bearb.): Die Pläne mit der Berolina. Kartografische Exkursionen mit Julius Straube. Berlin 2014, S. 4-7

Bodenschatz, Harald: Berlin Mitte: Bühne der Toleranz. In: Baukammer Berlin 3/2015, S. 82-84

Bodenschatz, Harald: Das Ringen um ein Leitbild für die historische Mitte Berlins. In: Redaktionsgruppe des Arbeitskreises Städtebau der SRL (Hg.): Leitbilder. Beiträge zu Stadtentwicklung und Städtebau. Schriften 57 SRL. Berlin 2015, S. 139-141

Bodenschatz, Harald/Engstfeld, Hans-Joachim/Seifert, Carsten: Berlin auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum. Hamburg 1995

Bodenschatz, Harald/Goebel, Benedikt: 'Berlin – Stadt ohne Altstadt', in: Nentwig Franziska/Bartmann Dominik (Hg.): Berlins vergessene Mitte. Stadtkern 1840-2010. Stiftung Stadtmuseum Berlin. Berlin 2010, S. 16-36

Bodenschatz, Harald/Kautz, Christina: Berliner Mitte: 9 Themenkarten. In: Sigel, Paul/Wittmann-Englert, Kerstin (Hg.): Freiraum unterm Fernsehturm. Historische Dimensionen eines Stadtraums der Moderne. Berlin 2015, S. 185-193

Bodenschatz, Harald (Hg.): Renaissance der Mitte. Zentrumsumbau in London und Berlin. Berlin 2005

Geraubte Mitte. Die „Arisierung“ des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern 1933-1945. Katalog. Berlin 2013

Goebel, Benedikt: Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2003

Schäcke, Wolfgang: Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945 – Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung. Berlin 2002

Abbildungen

Abb. 1, Joachim Schulz/Werner Gräbner: Berlin. Architektur von Pankow bis Köpenick. Bln:VEB Verlag für Bauwesen, 1987, S. 20.

Abb. 2 Der Molkenmarkt - Herz des alten Berlin